LENBACHHAUS

STÄDTISCHE GALERIE IM LENBACHHAUS UND KUNSTBAU MÜNCHEN

Stellungnahme der Direktion des Lenbachhauses zur vorgeschlagenen Erhöhung der Ticketpreise im Lenbachhaus.

Die Berechnung des Einnahmepotenzials aus Ticketpreiserhöhungen ist in der vorliegenden Form nicht belastbar. Bereits der Vergleich mit den ordentlichen Erträgen in Höhe von 2,5 Mio. € ist methodisch falsch, da diese neben Ticketerlösen auch weitere Einnahmearten, etwa Mieteinnahmen, umfassen. Wird stattdessen auf die tatsächlichen Ticketerträge von rund 1,7 Mio. € abgestellt, ergibt sich auf Basis der von der Agentur angenommenen künftigen Ticketeinnahmen von 5,15 Mio. € kein Mehrertrag von 2,7 Mio. €, sondern rechnerisch eine zu leistende Steigerung um rund 3,45 Mio. €. **Dies entspricht einer Erhöhung der Ticketeinnahmen um rund 203 % und damit in etwa einer Verdreifachung des bisherigen Niveaus**. Eine derartige Einnahmesteigerung aus Ticketverkäufen ist völlig illusorisch.

Selbst unter Zugrundelegung des von der Agentur als „konservativ“ bezeichneten Potenzials von 2 Mio. € würde dies bedeuten, dass die Ticketeinnahmen von derzeit rund 1,7 Mio. € auf etwa 3,7 Mio. € gesteigert werden müssten**. Dies entspräche einer Erhöhung um rund 118 % und damit mehr als einer Verdopplung des bisherigen Niveaus**. Eine derartige Entwicklung ist vor dem Hintergrund der tatsächlichen Besucherstruktur und des lokalen „Wettbewerbsumfelds“ ebenfalls in keiner Weise realistisch.

Auch die zugrunde gelegte Zahl der Tickets ist methodisch fehlerhaft. Die angesetzten 370.912 Tickets umfassen neben regulären und ermäßigten Eintritten auch Freitickets, die keine Erlöse generieren. Freien Eintritt erhalten z.B. die Schülergruppen, die das Museum besuchen, zudem alle Besucher*innen unter 18 Jahren, also ein nicht unerheblicher Teil unserer Museumsbesucher*innen. Somit wird das potenzielle Einnahmeniveau systematisch überschätzt.

Zudem orientiert sich die Berechnung an einem Spitzenjahr mit rund 370.000 Besucherinnen, das maßgeblich durch die besonders publikumswirksame Sonderausstellung „William Turner“ geprägt war. Es ist methodisch höchst fragwürdig, sich einfach die Besucherzahl eines Jahres herauszusuchen, und anhand derer dann eine derartige Schlussfolgerung zu ziehen. Eine belastbare Bewertung müsste sich vielmehr an mehrjährigen Durchschnittswerten orientieren, nach denen das Lenbachaus rund 250.000 Besucher*innen pro Jahr verzeichnet.

Die Berechnung basiert zudem auf einem pauschalen Durchschnittspreis von 11,5 €, der aus den vorgeschlagenen Ticketpreisen für reguläre und ermäßigte Eintritte gebildet wird. Damit wird implizit eine gleichmäßige Verteilung dieser Ticketarten unterstellt, ohne dass hierfür eine empirische Grundlage benannt wird. Die tatsächliche Preis- und Besucherstruktur wird auf diese Weise nicht abgebildet. Zudem werden, wie oben dargestellt, bei dieser Rechnung die freien Eintritte nicht berücksichtigt.

Zwar wird das rechnerische Potenzial abschließend pauschal auf 2 Mio. € reduziert. Dieser Abschlag ändert jedoch nichts an den zugrunde liegenden methodischen Fehlern und Schwächen in der Analyse und daraus folgend einer systematischen Überschätzung des Einnahmepotentials (s. Ausführungen oben). Der Abschlag erfolgt zudem ohne belastbare Datengrundlage und erscheint somit völlig willkürlich erfolgt zu sein.

Hinzu kommt, dass die herangezogenen Vergleichsmuseen (u. a. Hamburger Kunsthalle, Städel Museum Frankfurt) nicht den tatsächlichen „Wettbewerbsrahmen“ des Lenbachhauses abbilden. Im Hinblick auf die Preisgestaltung und somit auch für die Zahl der Besucher*innen sind vielmehr die benachbarten Pinakotheken in München relevant. Dort liegt lediglich die

Pinakothek der Moderne mit einem Eintrittspreis von 10 € auf dem derzeitigen Niveau des Lenbachhauses, während die übrigen Häuser darunter liegen. Zwar ist die Jahreskarte der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen mit 90 € deutlich teurer als die des Lenbachhauses, sie gewährt jedoch Zugang **zu allen Museen** dieses Verbunds in ganz Bayern und ist damit nicht unmittelbar vergleichbar. Bereits bei einer rein rechnerischen Betrachtung von vier zentralen Münchner Häusern, der Pinakothek der Moderne, der Alten Pinakothek, dem Museum Brandhorst und der Sammlung Schack, ergibt sich ein anteiliger Preis der Jahreskarte von 22,50 € pro Museum. Dieser liegt damit unterhalb der Jahreskarte des Lenbachhauses in Höhe von 25 €. Zudem bieten die Pinakotheken mit einem Sonntagseintritt von 1 € ein stark nachgefragtes Angebot an, das es in dieser Form im Lenbachhaus nicht gibt. Bei der vorgeschlagenen Erhöhung der Eintritts- und Jahreskartenpreise würden die Besucher- und Verkaufszahlen daher aller Voraussicht nach massiv einbrechen.

In der Gesamtschau führt die Kombination dieser Annahmen dazu, dass das dargestellte Einnahmepotenzial erheblich überschätzt wird und als Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat nicht geeignet ist.

Abschließend möchten wir noch auf folgendes hinweisen:
Die Agentur führt den Betrieb des Lenbachhauses erneut als freiwillige Aufgabe an. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die Landeshauptstadt München rechtsverbindlich zum Betrieb einer städtischen Galerie verpflichtet hat. Grundlage hierfür ist der Stadtratsbeschluss vom 30. Dezember 1924 zum Erwerb des „Lenbach-Anwesens“ sowie die Annahme der Schenkung von Lolo von Lenbach unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die Stadt in diesem Gebäude eine öffentliche Sammlung einrichtet und dauerhaft betreibt. Darüber hinaus bestehen weitere bindende Verpflichtungen aus zahlreichen, von der Landeshauptstadt München angenommenen Schenkungen an das Lenbachhaus, die regelmäßig mit der Auflage verbunden sind, die überlassenen Werke dauerhaft oder zumindest wiederkehrend öffentlich zu präsentieren. Dies gilt unter anderem für zentrale Bestände wie die Schenkung von Werken des „Blauen Reiter“ durch Gabriele Münter, die Lichtinstallation „Untitled (For Ksenija)“ von Dan Flavin sowie Werke von Joseph Beuys. Hinzu kommt die Verpflichtung der öffentlichen Hand zur Provenienzforschung, die sich u.a. aus der Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung durch die Bundesrepublik Deutschland ergibt und von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragen wird.
Aufgrund dieser rechtlichen und faktischen Bindungen ist die Einordnung des Lenbachhauses als rein „freiwillige Aufgabe“ aus Sicht des Lenbachhauses so nicht haltbar.

Wir und unsere Mitarbeitenden sind sich der sehr schwierigen Haushaltslage bewusst. Wie bereits in unserer ersten Stellungnahme ausgeführt, stehen wir für eine konstruktive Erarbeitung von Konsolidierungsmöglichkeiten jederzeit zur Verfügung. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine fachlich fundierte, auf belastbaren Zahlen basierende Vorbereitung sowie eine frühzeitige und kontinuierliche Einbindung des Lenbachhauses in den Prozess. Eine solche Einbindung durch die Agentur hat allerdings zu keiner Zeit stattgefunden. Eine sachgerechte Entwicklung tragfähiger und realistischer Lösungen setzt jedoch zwingend einen offenen Austausch und eine Diskussion mit uns auf Augenhöhe voraus.

gez.

[redacted]
(Direktor)

[redacted]
(Geschäftsleiter)